

Von der Leyen fördert Lohndumping

Jan Almstedt – Quelle: www.spd.de - 6.10.2010

Für die Weiterbildungsbranche mit rund 23.000 Beschäftigten wird es keinen Mindestlohn geben. Das Bundesarbeitsministerium lehnte einen Antrag von Arbeitgebern und Gewerkschaften ab, einen im Mai 2009 vereinbarten Tarifvertrag für allgemeinverbindlich zu erklären. Scharf kritisiert wird die Entscheidung von SPD und Gewerkschaften.

Für einen Mindestlohn in der Weiterbildungsbranche bestehe kein öffentliches Interesse, geht aus dem Schreiben des Ministeriums hervor, das der Nachrichtenagentur dpa am Dienstag in Berlin vorlag.

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Anette Kramme, nannte die Entscheidung einen „Skandal“. Damit bleibe die Weiterbildung „ein Paradies für unseriöse Billiganbieter“. Es könne nicht sein, „dass Arbeitssuchende fit gemacht werden sollen für den Arbeitsmarkt von Leuten, die trotz Hochschulabschluss häufig nur 1400 bis 1800 Euro brutto verdienen“. Der ständige Verweis von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) auf die besondere Bedeutung von Bildung sei „nichts als heiße Luft“.

Ministerium sperrt sich, trotz Einigkeit zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften

Das ver.di-Vorstandsmitglied Petra Gerstenkorn warnte vor der „Schraube des Lohndumpings“, die sich nun fortsetzen werde. „Die drastischen Einsparungen bei den Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen gehen auf Kosten der Teilnehmer und der Beschäftigten. Und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) wundert sich über die Entscheidung von der Leyens. Es bleibe Geheimnis des Ministeriums, „warum es sich gegen einen Mindestlohn in der Weiterbildung sperrt: Arbeitgeber und Gewerkschaften sind sich einig, einen konkurrierenden Tarifvertrag gibt es nicht“, betonte die GEW-Tarifexpertin Ilse Schaad. Billiganbietern in der Branche werde weiter Tür und Tor geöffnet.

Der vom Ministerium abgelehnte Tarifvertrag sieht regional und fachlich differenzierte Lohnuntergrenzen zwischen 10,93 und 12,28 Euro in der Stunde im pädagogischen Bereich vor. Vereinbart hatten ihn die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi und die Zweckgemeinschaft von Mitgliedsunternehmen des Bundesverbandes der Träger beruflicher Bildung.